

27. Januar 2023

Hallo, mein Name ist Marlene ich bin Aktivist:in bei Sea-Watch. Auch wir setzen uns ein für ein solidarisches und gewaltfreies Miteinander, gegen jeden Antisemitismus und Rassismus!

Am heutigen Gedenktag der Befreiung des deutschen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau wurden wir eingeladen, an der Gedenkveranstaltung hier in Pankow durch diesen Redebeitrag teilzunehmen.

Die zentrale Lehre aus der Shoah muss auch 78 Jahre später lauten: „Nie wieder!“ (Pause).

„Nie Wieder“ bedeutet für uns: Der Einsatz gegen jeden Antisemitismus, gegen Rassismus und jegliche Form menschenverachtenden Handelns!

Aber Auch: Ein Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte! Denn die allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 ist nicht nur eine direkte Folge der Aufarbeitung der Verbrechen des Dritten Reichs sondern auch Teil des deutschen Grundgesetzes, sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Wir von Sea-Watch stützen uns bei unserer Arbeit auf geltendes Recht und die durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte festgesetzten Bestimmungen.-

Sea-Watch ist mit Schiffen und Flugzeugen im Zentralen Mittelmeer aktiv, um Menschen in Seenot zu retten und die realen Folgen einer menschenverachtenden Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen zu dokumentieren. Unsere Aufklärungsflugzeuge Seabird 1 und 2 beobachten dort regelmäßig Fälle unterlassener Hilfeleistung, sowie die direkte Beteiligung der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex oder einzelner EU-Mitgliedsstaaten an Push- oder Pull-Backs.

Menschenrechtsverletzungen wie diese sind nur ein weiterer Grund dafür, dass die Außengrenzen der Festung Europa zu den tödlichsten Grenzen der Welt gehören.

Menschen werden in Gebiete zurückgedrängt, die ihnen keinen Schutz bieten können oder wollen. Egal ob auf dem zentralen Mittelmeer, der Ägäis oder der sogenannten „Balkanroute“: es steht nicht der Schutz hilfesuchender Menschen im Vordergrund, sondern die Wahrung willkürlich festgesteckter Grenzen, die keine sein sollten.

Doch um Wähler*innenstimmen zu erhalten, werden von politischen Entscheidungsträger*innen immer wieder Ängste geschürt und die eigene Verantwortung in Fragen der Migration an Staaten wie Libyen oder die Türkei abgegeben. Das trifft sowohl auf die Europäische Union, als auch auf viele ihrer Mitgliedsstaaten zu - darunter auch Deutschland.

Das führt dazu, dass anhand abstrakter Zahlen über Menschenleben verhandelt wird, sowie an den Europäischen Außengrenzen unterschieden wird, für wen diese Menschenrechte gelten.

Dabei wird allzu gerne vergessen, dass allen Menschen das Recht und die Möglichkeit zugestanden werden muss, auf sicheren und legalen Wegen Schutz vor Gewalt, Folter, Verfolgung, Ausbeutung und Krieg zu suchen.

Dieses Recht muss für alle Menschen gelten, nicht nur für diejenigen, die in einem Land mit dem „richtigen“ Pass geboren wurden, sich ein Visum leisten und sich aussuchen können, welche Route sie in ein anderes Land nehmen. Diese Wege müssen geschaffen und im gesellschaftlichen Diskurs verteidigt werden.

Ein solidarisches Miteinander beginnt da, wo sich aktiv für Menschenrechte eingesetzt wird und aus der Vergangenheit gelernt wird!

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit!